

Überzeugungen aufgeben rächt sich

Nicht nur der Wahlkampf in den USA zeigt, wie fehlgeleitet Parteipolitik heute ist. Der Beliebigeitskurs der etablierten Kräfte ist die Ursache für den Aufstieg von Figuren wie Donald Trump. **MICHAEL VON LIECHTENSTEIN**

Die Welt ist erstaunt. Erstaunt über Amerikas potenziellen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Wie kann es sein, dass ein Kandidat mit solchen Manieren auf solch starken Anklang in der Bevölkerung stösst, lautet eine der am häufigsten gestellten Fragen. Die Antwort ist relativ einfach. Trump gelingt es in gekonnter Manier, die Ängste und Sorgen des einfachen Bürgers anzusprechen. Seine ungehobelte, polternde Art wird von vielen offenbar als bodenständig und authentisch gutgeheissen. Und er bietet eine wahrnehmbare Alternative zum bisherigen Establishment, das auf eine breite Bürgerschicht mittlerweile einfach zu abgehoben, besitzstandswahrend und daher nicht mehr glaubwürdig wirkt.

Auch in Europa werden die Erfolge beispielsweise des französischen Front National, der Alternative für Deutschland (AfD) oder der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit ähnlichem Erstaunen aufgenommen. Doch eigentlich ist es auch hier nichts anderes als die klare Reaktion einer breiten Bürgerschicht auf die bisherige Politik der alteingesessenen Parteien. Bürger scheinen es schlichtweg satt zu sein, zu Wahlkampfzeiten mit grossen Versprechungen geködert zu werden, um am Ende dann doch nur feststellen zu müssen, dass es wieder einmal nicht mehr als Worthülsen waren.

Doch wie ist es überhaupt zum heutigen Status quo gekommen? Zum einen scheinen die etablierten demokratischen Parteien wohl einem Trugschluss unterlegen zu sein: Mit dem Ziel, sich möglichst viele Wählerstimmen zu sichern, haben sie sich über die vergangenen Jahre schrittweise von einer klaren und überzeugenden Linie entfernt und damit das Vertrauen ihrer Stammwähler leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

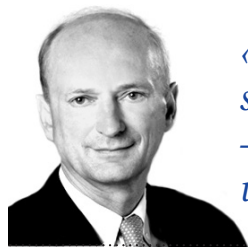
Opportunismus rächt sich

Dieser durchaus als Populismus zu bezeichnende Leichtsinns hat zwar dazu verholfen, sich bei anderen Wählerstämmen einzuschmeicheln, doch dem langfristigen Nutzen der Res publica war er wenig dienlich. Zum anderen haben die festgefahrenen Parteistrukturen diejenigen Personen ferngehalten, die mit frischen, bürgernäheren Ideen durchaus Aussicht auf eine politische Karriere gehabt hätten. Im Weiteren waren politische Quereinsteiger bisher, aus Angst vor dem Unbekannten, nicht erwünscht.

Am Beispiel der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) lässt sich das Entfernen von der Parteilinie veranschaulichen: Lange Zeit vertrat die CDU die Werte einer christlich orientierten Bevölkerung und stand für eine grundsätzlich bürgerliche Politik ein, während die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) sich überwiegend auf die Rechte der Arbeitnehmer fokussierte. Doch dann, nach der Fukushima-Krise von 2011, folgte der von der CDU forcierte Atomausstieg. Dabei handelte es sich um eine populistisch

motiviert Massnahme, die dazu verhalf, grünes Wählerpotenzial anzuziehen. Gleichzeitig konnte die CDU mit dem Thema Mindestlohn der SPD Wählerstimmen entziehen. Mit diesen Beispielen widersprach die CDU aber ihren eigentlichen Werten, nämlich dem langfristigen Wohl eines gesunden Staates und der Bevölkerung verpflichtet zu sein.

Heute vertritt die CDU nicht mehr unbedingt christliche Werte. Viel eher hat sie sich zu einer x-beliebigen Partei entwickelt, mit sozialdemokratischen Zügen. Die SPD wiederum kümmert sich mittlerweile weniger um die arbeitende Bevölkerung, sondern übt sich in allgemeiner Beliebigkeit. Unternehmer und ihre Arbeitneh-



«Die grösste Partei sind die Nicht-Wähler – für eine Demokratie verheerend.»

mer, die beide gleichermassen Träger einer erfolgreichen Wirtschaft sind, sehen sich politisch nicht mehr vertreten. Und so werden die Parteien nun abgestraft. Schliesslich sollte sich jede Partei einer Tatsache bewusst sein: Die grösste Partei sind die Nicht-Wähler, was für eine Demokratie verheerend ist.

Und so wird der amerikanische Wahlkampf von «Spielern» dominiert, die sich den Parteien eher aufgedrängt haben. Denn weder die Republikaner noch die Demokraten konnten Kandidaten aufbieten, die wirklich überzeugen. Mit dem Resultat, dass Hillary Clinton eher als Kompromisskandidatin angesehen wird und Bernard Sanders als ein Aussenseiter, der sich in das Parteigeftige gedrückt hat. Am extremsten jedoch ist das Phänomen der Republikaner: Donald Trump. Entgegen dem Willen der Parteihierarchie hat er es bis an die Spitze geschafft. Wogegen grundsätzlich nichts einzuwenden ist, wenn es eine Persönlichkeit ist, die dem höchsten Amt gerecht wird. Dies wird Donald Trump unter Beweis stellen müssen, sollte es ihm tatsächlich gelingen, zuerst die Nominierung und dann auch die Wahlen zu gewinnen.

Neue Parteien ausgrenzen geht nicht

In Europa wiederum erhalten also diejenigen Parteien einen hohen Wählerzulauf, die bislang am äusseren Rand des politischen Spektrums angesiedelt waren. Die bestehenden Parteien üben sich zwar nach wie vor im Populismus, doch sie registrieren sehr wohl, dass sie an

Überzeugungskraft verloren haben. Aber statt sich in Überzeugungskraft zu üben, reagieren sie auf die «Neuankömmlinge» mit plakativen Schlagworten. Diese Form der Ausgrenzung scheint die einzig schlagkräftige Waffe für die etablierten Parteien zu sein, sowohl in Europa als auch in den USA. Es ist fraglich, ob sie zurück zu ihren Werten finden und den Mut für eine sachliche Politik aufbringen werden.

Sollte ihnen das nicht gelingen, dann besteht durchaus die Gefahr, dass sie dazu beitragen, die Demokratie schrittweise zu Grabe zu tragen. Warum? Indem sie gerade wegen ihrer ausgrenzenden Art und der fehlenden Überzeugungskraft das politische Feld extremen Gruppen überlassen. Sollte das eintreten, dann bleibt nur mehr zu hoffen, dass die neuen politischen Gruppierungen weder radikal noch populistisch oder beliebig agieren, sondern im Sinne der Res publica eine bürgernahe und sachorientierte Politik betreiben.

Fataler Vertrauensverlust

In der Summe zeigt sich, dass der Verlust des Vertrauens der Bürger in die Parteien gewaltig ist. Die Reaktion der Politiker darauf ist es ebenso: Sie führen immer mehr Kontrollmechanismen ein, die sie mit Schlagworten wie Terrorismusbekämpfung oder Bekämpfung von Ungleichheit beschönigen. Damit schüren sie Misstrauen und Neid in der Bevölkerung und öffnen sich Tür und Tor für weitere Kontrollmassnahmen. Mit dem Effekt, dass sich kurzfristig Erfolge vorweisen lassen. Langfristig aber wird eine Kultur des Misstrauens herangezüchtet, mit katastrophalen Folgen für jeden Einzelnen. Statt eine vermeintliche Gleichheit anzustreben, sollte die Steigerung des Wohlergehens der Gesamtbevölkerung im Fokus stehen, unabhängig davon, ob sich eventuell Einzelne überdurchschnittlich entwickeln.

Die politischen Herausforderungen in den nächsten Jahren sind in der Tat gross. Daher muss das Vertrauen der Bürger in die Politik wieder gestärkt werden – eine Aufgabe, die mutige Persönlichkeiten mit einer zielgerichteten Politik erreichen können. Erfolgreiche politische Turnarounds gab es in der jüngeren Geschichte bereits. Ronald Reagan beispielsweise schaffte einen solchen, als die USA in Zeiten seiner Vorgänger aufgrund des Vietnamkriegs, der Krise im Iran und einer wirtschaftlichen Rezession an einer grossen Identitäts- und Vertrauenskrise litten. Aber auch Charles de Gaulle schaffte die Wende in den Fünfzigerjahren in Frankreich. Die Zeit ist richtig, um mit einer sachlichen, bürgernahen Politik wieder Vertrauen aufzubauen.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement, Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation.



MANFRED RÖSCH
Ressortleiter
zum Thema
Brexit

Please don't go!

Welche Ironie: Ausgerechnet die Schweiz sollte auf ein «Remain» hoffen. Auf das Verbleiben des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union nämlich – taktisch, aus Interessenkalkül. Sollten nämlich am Freitag die Briten nicht mehr als EU-Europäer erwachen, wäre die Union lange damit beschäftigt, mit ihnen ein Arrangement auszuhandeln und das unvermeidliche interne Chaos zu bewältigen. Für Begehren des Drittstaats Schweiz bliebe kaum Zeit, und in der heiklen Frage der Personenfreizügigkeit würde ein Entgegenkommen Brüssels noch unwahrscheinlicher.

Zwar verwenden die Briten das Pfund, doch der Tabubruch eines Brexits würde die EU insgesamt und damit auch die Währungsunion in den Grundfesten erschüttern. Heftigere Zweifel am Bestand des Euros, das ist das Letzte, was sich die Schweizerische Nationalbank wünscht.

Schliesslich würde in einer EU ohne Grossbritannien die Stimmkraft des statistischen Lagers um Frankreich gestärkt; die halbwegs liberalen nordischen Länder plus Deutschland hätten es schwerer, sich durchzusetzen. Bad News für eine auf offene europäische Märkte angewiesene Exportnation wie die Schweiz.

Welche Schlüsse die EU aus einem Brexit ziehen würde, ist ungewiss. Ob sie sich wirklich zu einer flexibleren Architektur durchringen könnte? Vernünftig wär's ja: der Binnenmarkt als harter Kern – unter der Leitlinie Wettbewerb statt Harmonisierung –, umrahmt von durchlässigen Kreisen der Kooperation. Also mehr Freihandel, weniger Phrasen.

Da fände auch die Schweiz ihren Platz, weshalb sich diskrete eidgenössische Sympathien für den Brexit vertreten lassen. Doch wirklich darauf zu hoffen, blendet aus, dass die Risiken handfest sind, während eine variabelere europäische Geometrie einstweilen ein vager Wunsch bleibt.

Aktuell auf www.fuw.ch

FuW Huber + Suhner läuft besser

Der Kabel- und Verbindungstechnikspezialist hat den letztjährigen Margenrückschlag aufgrund des harten Frankreichs überwunden. Für das erste Halbjahr 2016 sei eine Betriebsmarge von über 9% absehbar, meldet das Unternehmen. Damit werden die bisherigen Prognosen übertroffen.

www.fuw.ch/220616-1

FuW Erfolg für Bobst an der Drupa

Die alle vier Jahre stattfindende Branchenmesse Drupa (Druck und Papier) hat erneut weniger Besucher angezogen, doch für den Verpackungsmaschinenhersteller Bobst verlief der Branchentreffpunkt sehr erfolgreich. Die Erwartungen seien übertroffen worden.

www.fuw.ch/220616-2

FuW Eine Börse gegen schnelle Händler

Der Handelsplatz IEX wird in den USA nun offiziell als Börse anerkannt. Sie verspricht Schutz vor den berüchtigten Hochfrequenzhändlern – indem Aufträge absichtlich verzögert werden. An diesem Konzept gibt es Kritik. Der Marktexperte Larry Tabb glaubt, dass kleine Anleger darunter leiden werden.

www.fuw.ch/220616-3

Diffuser Widerstand

Unheilige Allianz gegen Freihandel droht. **PETER MORF**

Die diffuse, globalisierungskritische Ablehnung der umfassenden Freihandelsabkommen TTIP und TISA schwappt auf die Schweiz über. In der TTIP verhandeln die USA und die EU über eine Liberalisierung des transatlantischen Handels. Die Schweiz ist daran nicht beteiligt, könnte sich aber allenfalls andocken. Gegenstand von TISA ist die internationale Liberalisierung von Dienstleistungen, die Schweiz verhandelt mit.

Das Bündnis «Gemeinsam gegen TTIP, TISA & Co.» hat den Verhandlungen den Kampf angesagt und einen offenen Brief an Bundespräsident Johann N. Schneider-Ammann veröffentlicht. Das Bündnis besteht aus verschiedenen Organisationen, beginnend bei den Jungsozialisten, über ihre Mutterpartei, Greenpeace bis zur Gewerkschaft im Service Public, VPOD.

Die an einer Pressekonferenz vorgebrachten Argumente sind in erster Linie Schlagworte: Die Rede ist von einer «Konzerniktatur» auf Kosten des Bürgers, der Aushöhlung der Demokratie, dem Verlust an Souveränität und von Arbeitsplätzen. Allfällige vorteilhafte Wirkungen von Freihandel und Globalisierung finden beim Bündnis keine Gnade. Es geht grosszügig darüber hinweg, dass der Wohlstand der Schweiz – von dem auch die Bündnismitglieder profitieren – sehr prominent der offenen Wirtschaft und der internationalen Vernetzung des Landes zu verdanken ist. Zudem kann von Arbeitsplatzabbau keine Rede sein. Gemäss neuesten Zahlen waren in der Schweiz im ersten Quartal über fünf Millionen Menschen in Lohn und Arbeit, so viele wie noch nie.

Das Bündnis scheint verzweifelt nach weiteren Partnern zu suchen. So hat es stolz mitgeteilt, auch der Schweizerische Bauernverband habe seine Unterstützung zugesagt. Nur: Beim Verband weiss man davon nichts. Er will die Entwicklung beobachten und erst entscheiden, wenn mehr über den Inhalt der Abkommen bekannt ist. Ein bisschen mehr Faktentreue des Bündnisses wäre erwünscht.

Allerdings haben sich zumindest einzelne politische Exponenten der Bauernschaft schon ablehnend gegen die Erweiterung des Freihandels ausgesprochen. Ob sie sich durchsetzen werden und wie die SVP auf eine entsprechende Stellungnahme ihrer Kernwähler, der Bauern, reagieren würde, ist offen. Sollte sich der Bauernverband für die Unterstützung des Bündnisses im Kampf gegen die Abkommen entschliessen, ergäbe sich eine unheilige Allianz der unappetitlichen Sorte. Globalisierungskritiker und Verteidiger bäuerlicher Partikularinteressen würden sich ins selbe Bett legen. Die sich selbst als fortschrittlich bezeichnenden globalisierungskritischen Gruppierungen offenbaren eine ebenso strukturell haltende konservative Haltung wie die Bauernschaft.

Bleibe die Schweiz diesen Abkommen fern, wäre mit Diskriminierungen und damit einer Reduktion des Wohlstands zu rechnen. Der Ruf der Landwirtschaft nach noch mehr Subventionen wäre dann ebenso absehbar wie das Wehklagen der Linken über Arbeitsplatzverluste – die sie selbst provoziert hätten. Bürger und Politik dürfen sich von diesen Schalmeienklängen nicht täuschen lassen.

Anzeige



DIE AUSWAHL VON TOP-PERFORMERN IST UNSER HANDWERK

Wir stellen vor: Der EI Sturdza Strategic Europe Value Fund. Unser preisgekröntes Team aus europäischen Aktienexperten, geführt von Portfoliomanager Willem Vinke, identifiziert Gelegenheiten in Europa und sucht dabei nach unterbewerteten Unternehmen hoher Qualität.

Wir sind EI Sturdza.
Wir gehen über das Konventionelle hinaus.
eisturdza.com

Kumulative Performance (%)	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	5 Jahre	Seit auflegung
Fonds	0.58	28.97	51.21	95.68	100.44
MSCI Index	-13.71	5.27	22.11	37.94	28.76

 CITYWIRE AAA
 CITYWIRE PLATINUM
 MORNINGSTAR 5 STERNE
 AWARDS 2016
 BRONZE

Für mehr Informationen wenden Sie sich bitte an
Adam Turberville +44 1481 742 380
a.turberville@eisturdza.com

EI Sturdza Strategic Management Limited, Teil der Sturdza Private Banking Group, ist von der Guernsey Financial Services Commission unter der Registrierungsnummer 35985 zugelassen und reguliert zur Bereitstellung von Anlage- und Beratungsdienstleistungen. Die angegebene Performance bezieht sich auf die Standard-Anteilsklasse in EUR für den EI Sturdza Strategic Europe Value Fund zum 30.10.2015. Die Performance der Vergangenheit ist keine Garantie für zukünftige Ergebnisse. Dieses Material ist nicht für Privatanleger gedacht und richtet sich ausschließlich an professionelle Anleger, und es stellt keine Empfehlung und kein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Anteilen dar. MORNINGSTAR: Quelle Morningstar. Gesamtrendite von 29.10.2010 bis 30.10.2015. Copyright © 2015 Morningstar UK Limited. Alle Rechte vorbehalten. Die hierin enthaltenen Informationen sind (i) Eigentum von Morningstar und/oder seinen Inhaberelementen, dürfen (ii) nicht kopiert oder verbreitet werden und beinhalten (iii) keine Garantie für ihre Korrektheit, Vollständigkeit oder Aktualität. Weder Morningstar noch seine Inhaberelementen sind verantwortlich für irgendwelche Schäden oder Verluste, die durch die Nutzung dieser Informationen entstehen. CITYWIRE: Quelle und Copyright: - Willem Vinke wird für seine dreijährige risikobereingete Performance über alle Produkte im Zeitraum 30.5.2012 bis 30.10.2015 von Citywire mit AAA bewertet. EI Sturdza Investment Funds wird von Citywire für die rollierende risikobereingete Performance im Gesamtbereich Aktien – Europa im Zeitraum 31.8.2008 bis 30.10.2015 mit Platin bewertet. Erreiter und Zahlstelle in der Schweiz ist Banque Eric Sturdza S.A., Rue du Rhône 112, P.O. Box 3024, CH-1211 Genéve 3. Der Prospekt, die wesentlichen Anlegerinformationen, die Satzung und die Jahres- und Halbjahresberichte sind kostenfrei am Sitz des Vertreters in der Schweiz erhältlich.